A6 6. Kapitel: Wohnen

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 03.07.2018

Kapitel Wohnen

Kommunale Wohnungspolitik hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Denn bezahlbarer und geeigneter Wohnraum wird für viele Menschen in unserer Stadt immer knapper. Dies gilt für Familien mit Kindern, ältere Menschen, Alleinerziehende, Studierende ebenso wie für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung. Doch Wohnen ist ein Menschenrecht für dessen Umsetzung wir GRÜNE uns mit aller Kraft weiterhin einsetzen werden. Für uns ist außerdem klar, dass energetisches Bauen und Sanieren, ebenso wie barrierefreies Bauen, keine Gegensätze zum sozialen Bauen sind. Sie stehen nicht in Konkurrenz zu Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in der Stadt. Das Ziel einer sozialen Wohnungspolitik, die sowohl im Bauen als auch im Umgang mit Freiflächen ökologisch zukunftsweisend ist, verfolgen wir darum konsequent weiter.

Neue Ideen fürs Wohnen - Mannheimer Wohnbaufonds

Wir GRÜNE wollen einen revolvierenden Wohnungsbaufonds einrichten.In diesen Fonds können auch Menschen einzahlen, die ihr Geld „ethisch korrekt“ anlegen wollen. Revolvierend bedeutet, dass aus den Rückzahlungen, Mieten und etwaigen Verkäufen der Fonds wieder aufgefüllt wird. Ziel der Förderung über den Fonds sind mehr Wohnräume mit einer Miete unterhalb der durchschnittlichen Miete im Mietspiegel. Wir GRÜNE wollen mit der Einrichtung eines revolvierenden Wohnungsbaufonds deutlich mehr Wohnangebote in den nächsten zehn Jahren schaffen. Nutznießer des Fonds könnten beispielsweise gemeinschaftliche Wohngruppen, Menschen mit geringem Einkommen und Gesellschaften für soziale Bauprojekte sein.

Wohnen muss verbinden

Das 12-Punkte-Wohnbauprogramm der Stadt Mannheim ist ein mächtiges Instrument, das dringend konsequent angewendet werden muss. Wir GRÜNE fordern darum, dass die Bauquote von 30% für bezahlbaren Wohnraum unter 7,50 Euro/qm zügig umgesetzt wird. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ein Runder Tisch „Wohnen“ die Protagonist*innen des Bauens und Wohnens regelmäßig zusammenbringt und auch die Kontrolle der Umsetzung des 12-Punkte-Wohnbauprogramms beaufsichtigt. Wir GRÜNE fordern, dass geförderte Wohnungen neben anderen in einem Gebäude geplant und bei Konzeptvergaben priorisiert werden.Das ist unbedingt notwendig, damit in einzelnen Wohngebäuden soziale Mischungen entstehen können.

Die GBG macht den Unterschied

Die GBG ist der wichtigste Spieler auf dem kommunalen Wohnungsmarkt. Stadt und GBG sehen wir GRÜNE darum in der Pflicht, den aktuellen Entwicklungen entschlossen gegenzusteuern. Sie dürfen den Trend nicht verschärfen, in begehrten Wohnlagen preisgünstige Wohnangebote durch Wohnraum im höherpreisigen Segment zu ersetzen. Wir GRÜNE werden darum die GBG stärken. Sie muss sich auf den Bau und Erhalt von geeignetem und bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt konzentrieren, um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren. Städtische

Großbauprojekte, wie beispielsweise das technische Rathaus oder die Stadtbibliothek sollen in einer eigenständigen Gesellschaft realisiert werden.

Anders Bauen - Neues Wohnen

Es gibt immer mehr Bürger*innen, die den Wohnungsmarkt mitgestalten wollen und sich für unterschiedliche Wohn- und Lebensformen entscheiden. Es ist nicht mehr nur die junge Familie, die alleine für sich ein Haus bauen möchte. Wir GRÜNE wollen durch den Ausbau einer gezielten Beratung und durch die preisgünstige Vergabe geeigneter Grundstücke Mietsyndikate mit alternativen Finanzierungsformen, alternative und experimentelle Bauformen und Baugemeinschaften, Mehrgenerationenprojekte und das gemeinsame Wohnen von Menschen mit und ohne Behinderung noch stärker unterstützen und fördern. Gemeinschaftliche Wohnprojekte, flächenoptimiertes Bauen und ein vielfältigeres und weniger eintöniges Gestalten von Wohnprojekten unter Einbeziehung des Gestaltungbeirates gehören für uns ebenso zum zukunftsfähigen Bauen wie Programmangebote zur Dach- oder Fassadenbegrünung und der Hinterhofentsiegelung. Genossenschaftliches Wohnen unterstützen wir und erwarten von den bestehenden Baugenossenschaften, sich ebenfalls an der Entstehung von preiswertem Wohnraum in der Stadt zu beteiligen. Neben den Konversionsflächen wollen wir GRÜNE in der Wohnungspolitik in den nächsten Jahren auch verstärkt Mannheims Flüsse in den Blick nehmen und Wohnen an den Flüssen verwirklichen.

Stadtteile erhalten und Verdrängung verhindern

Stadtteile und Quartiere entwickeln sich unterschiedlich. Wir GRÜNE freuen uns, wenn aus ehemaligen Sorgenkindern blühende Stadtteile mit Anziehungskraft werden. Es liegt aber in der Verantwortung der Kommune, dass die ursprünglichen Bewohner*innen durch diese Entwicklungen nicht nach und nach verdrängt werden und ihre Heimat verlieren. Wir GRÜNE wollen in betroffenen Stadtteilen, wie derzeit Jungbusch und Neckarstadt-West eine Erhaltungssatzung nach §172 BauGB aufstellen, um die Quartiere zu stabilisieren und Verdrängung zu verhindern. Diese kann helfen die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung zu erhalten. Sanierungssatzungen bleiben bis zur Stabilisierung bestehen, sie sichern das Vorkaufsrecht der Stadt nach §24 BauGB.